

Laibacher Zeitung.

Nr. 40.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 60 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 19. Februar

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl. 40 fr. 1. u. 2. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1872.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. Februar d. J. über einen vom Minister des kais. Hauses und des Aeußern erstatteten allerunterthänigsten Antrag dem Hof- und Ministerialsecretär der Präsidialsection des gemeinsamen Ministeriums des Aeußern Ludwig Pizibram den Titel und Charakter eines Sectionsrathes taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplome dem Oberfinanzrath im Reichsfinanzministerium Joseph Polzer als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse in Gemäßheit der Ordensstatuten den Ritterstand mit dem Prädicate „Peintheimar“ allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 11. Februar d. J. dem ordentlichen Professor an der Universität zu Wien Dr. Karl Braun in Anerkennung seiner verdienstlichen Leistungen den Orden der eisernen Krone dritter Klasse taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. Februar d. J. dem Mitgliede der Redaction der „Wiener Zeitung“ Dr. Maximilian Engel und dem ständigen Mitarbeiter dieses Blattes Prof. Emil Kuh, jedem taxfrei den Titel eines kaiserlichen Rathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Minister des Innern hat in Gemäßheit des § 24 der Allerhöchsten Concessionsurkunde vom 22ten October 1871, R. G. B. Nr. 135, auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien den Herren: Calixt Fürsten Poninski, Adam Fürsten Lubomirski, Dr. Thomas Rayosi, Karl Ritter v. Hubicki, Hieronymus Fürsten Lubomirski und der galizischen Landesbank im Vereine mit der österreichischen allgemeinen Bank in Wien die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft zum Baue und Betriebe einer Locomotiveisenbahn über Stry und Skole an die galizisch-ungarische Grenze am Beskid, zur Verbindung mit der von Munkacs dahin concessionierten ungarischen Eisenbahn, nebst einer Zweigbahn von Stry über Bolechow, Dolina und Kalusz nach Stanislawow an die Lemberg-Czernowiz-Jassy-Bahn unter der Firma „R. k. priv. Erzherzog-Albrecht-Bahn“ mit dem Sitze in Wien erteilt und die Statuten dieser Actiengesellschaft genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Ministerien der süddeutschen Bodencreditbank in München die Zulassung zum gewerbmäßigen Betriebe ihrer Geschäfte in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern nach Maßgabe der kaiserlichen Verordnung vom 23. November 1865, R. G. B. Nr. 127, bewilligt.

Der Minister des Innern hat den Bauadjuncten Franz Glöckner zum Ingenieur für den Staatsbaudienst in Kärnten ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen über den Stand der inneren Fragen.

Die „Wiener Abendpost“ sagt in ihrem Tagesberichte vom 15. d. M.:

„Die Verhandlungen in der am 13. d. stattgefundenen Sitzung des Verfassungsausschusses finden in den Wiener Journalen eine dem Regierungsstandpunkte im Großen und Ganzen freundliche Beurtheilung. Was die rein redactionellen Aenderungen anbelangt, welche in der obigen Sitzung bezüglich der sogenannten Nothwahlgesetznovelle in Vorschlag gebracht wurden, so stehen dieselben eben so wenig im Vordergrund der Discussion, als dies nach dem versöhnlichen Standpunkte, welchen die Regierung zu denselben einnahm, im Verfassungsausschusse selbst der Fall sein konnte. Eingehende Erörterung findet dagegen einerseits die Erklärung, welche Abg. Ritter v. Grocholski im eigenen und im Namen seiner Gesinnungsgenossen gegen die präsumtive Tendenz der erwähnten Novelle abgab, und andererseits die seitens einer Fraction von Abgeordneten zum Ausdruck gelangte Besorgniß, daß durch die Votirung der Novelle die Wahlreform überhaupt auf unbestimmte Zeit verlagert werden könnte.“

Daß der in Rede stehende Gesetzentwurf nicht, wie dies Abg. Ritter von Grocholski anzunehmen geneigt schien, seine Spitze speciell gegen die Polen lehre, sondern eine allgemeine, eine Lücke unserer Verfassung ausfüllende Bestimmung bedeute, deren Tendenz lediglich dahin gehe, die Beschlußfähigkeit des Reichsrathes zu sichern, wurde schon von der „N. Fr. Pr.“ an einem drastischen Beispiele dargethan und wird von der „Presse“ und „Tagesspreize“ eben so entschieden aufrecht erhalten. „Das Reich braucht ein Gesetz gegen Streikmacher — schreibt das letztgenannte Blatt — ein Gesetz gegen Secessionen aus dem Abgeordnetenhaufe, welche nicht nur den Parlamentarismus schädigen, sondern auch weitgehende Störungen des öffentlichen Lebens zur Folge haben; es

verlangt nun ein entsprechendes Gesetz von den Reichsboten, von den Männern, die auf Grund der Verfassung im Parlamente die Rechte des Volkes und das Wohl des Staates zu wahren haben,“ und das genannte Blatt findet es geradezu seltsam, daß ein Theil dieser Vertreter ein solches Gesetz nicht votiren zu können erklärten, weil dasselbe seine Spitze gegen ihn richte.

Was die seitens einer Fraction von Abgeordneten ausgesprochene Befürchtung anbelangt, die Votirung der Novelle könnte Anlaß bieten, die eigentliche Wahlreform auf unbestimmte Zeit zu vertagen, so constatirt die weitest aus größere Mehrzahl der uns vorliegenden Journale, daß die Erklärung Sr. Excellenz des Herrn Ministerpräsidenten in der angedeuteten Richtung volle Beruhigung hervorgebracht habe. „Die Entschiedenheit, mit welcher der Herr Ministerpräsident Namens der Regierung sich für die Wahlreform erklärte — schreibt die „Neue Freie Presse“ — mußte ihm wohl in den Augen Aller auch das Recht geben, eben so entschieden das ungeeignete Drängen, das sich bemerkbar machte, zurückzuweisen.“ Die „Presse“ hebt hervor, daß die Erklärungen Sr. Excellenz durchaus unzweideutig gewesen und die offene Sprache desselben allseitige Befriedigung erwecken müsse, und die „Tagesspreize“ constatirt nicht minder die Befriedigung, mit welcher die eben so klare als entschiedene Enunciation des Herrn Ministerpräsidenten sie erfüllt habe. „Das Ministerium — schreibt das genannte Blatt — hat Recht, wenn es Zeit verlangt, um die Verhältnisse derart zu gestalten, daß es mit Aussicht auf Erfolg daran gehen könne, das so vielfach Verworfene in Ordnung zu bringen.“ „Die Erklärung des Fürsten Auersperg — schreibt endlich das „Neue Fremdenblatt“ — klingt durchaus plausibel. Sie zeigt, daß die Regierung mit sich im Klaren ist, was sie will und was sie kann.“

Die Discussion der Provinzialjournale dreht sich, wie begreiflich, in diesem Augenblicke hauptsächlich um die galizische Vorlage des Subcomités. Die „Prager Abendpost“ gibt nach einer kurzen geschichtlichen Auseinandersetzung über die Stellung des Abgeordnetenhauses zur galizischen Frage eine Vergleichung des gegenwärtigen Entwurfes des Subcomités mit der Vorlage der früheren Regierung und findet einen bemerkenswerthen und entschieden zu Gunsten der gegenwärtigen Vorlage sprechenden Unterschied zwischen beiden, sowohl was den Umfang als die Qualität der an Galizien gemachten Zugeständnisse betrifft.

Die „Reichenberger Zeitung“ constatirt mit Befriedigung, daß das Subcomité, eine föderalistische Einfügung Galiziens in den Reichsverband ablehnend, mit seinen Zugeständnissen an die Landesautonomie so weit gegangen sei, als es die Rücksicht auf die Reichseinheit nur immerhin erlaube.“

Seuiffelon.

Die illyrischen Central-Eisenbahnen.

Die Bedeutung der Eisenbahnen als Objecte der Gemeinwirtschaft, sowie ihre ökonomischen Folgen und vortheilhaften Wirkungen auf allen Gebieten des materiellen und geistigen Lebens, ist in unserer Zeit genügend bekannt und macht es einer jeden Regierung zur Pflicht, das Eisenbahnnetz ihres Staates zu erweitern, um durch den Einfluß, welchen die Eisenbahnen auf die Productionsfähigkeit und den Handelsverkehr des Landes, sowie auf alle socialen und politischen Elemente des Staatslebens ausüben, jenen Fortschritt zu gewinnen, der einerseits zum allgemeinen Wohlstande führt, und in welchem sich andererseits das Bestreben der Civilisation nach einem Vorrang entwickelt.

Es ist thatsächlich erwiesen, daß alle jene Staaten und Länder, welche eine genügende Menge von Eisenbahn-Communicationen besitzen, in allen den vorgenannten Beziehungen ein Uebergewicht über diejenigen Staaten und Länder ausüben, welche sich dieser wohlthätigen Einrichtungen nicht erfreuen, und es ist daher natürlich, daß man allerorts, wo das Culturleben der Menschen nach Fortschritten strebt, in der Errichtung der Schienenwege nicht zurückbleiben will, und wegen Gefahr der materiellen und geistigen Verarmung nicht zurückbleiben kann.

So ist also auch das in den österreichischen Ländern, welche erst $\frac{1}{4}$ Bahnmeile per Quadratmeile der Länderfläche besitzen, sich manifestirende Bestreben nach

Vermehrung der Eisenbahnen nicht nur an und für sich ein vollkommen gerechtfertigtes, sondern es ist dieses Bestreben auch hier als ein solches anzusehen, welches wegen seiner großen Gemeinnützigkeit den gerechten Anspruch auf eine allseitige Unterstützung machen darf.

Unter den Ländern der österreichischen Monarchie ist jene südliche Ländergruppe, welche wir der Vereinfachung wegen mit dem früher üblichen Namen Illyrien bezeichnen wollen, ein Element, dessen betriebsame Bevölkerung in der agrarischen Production eine nicht genügende Verwerthung ihrer Industriekräfte findet, und wo daher ein reichliches Uebermaß von Kräften vorhanden ist, die zur Veredlung der in diesem Lande in großer Menge vorhandenen Naturschätze verfügbar sind, welche sofort der mannigfaltigsten Industrial-Production zugewendet werden können, wenn die modernen Verkehrs-Communicationen, ohne denen eine Concurrenz mit den begünstigten Nachbarländern unmöglich ist, in reichlicherem Maße vorhanden sein werden.

Illyrien ist ferner nicht nur der Schlüssel der österreichischen Monarchie zu den Meereshäfen in Triest und Fiume, sondern es ist auch das Thor nach Italien, welches der Verkehr aus dem südlichen Osten von Oesterreich-Ungarn nach Italien sowohl als nach den nordwestlich gelegenen europäischen Ländern zu passiren hat; so daß also in diesem Lande der Kreuzungspunkt zweier internationalen Eisenbahnwege zu liegen kommen wird.

In solcher Position haben die Eisenbahnen bei der dargestellten Productionsfähigkeit des Landes einen doppelten Werth auch für den Staat.

Die in Illyrien bereits bestehenden Eisenbahnen haben die vorerwähnten Verkehrsrichtungen nicht eingeschla-

gen; ihre Entstehung stammt aus einer Zeit, wo das freie öffentliche Urtheil über die materiellen Erfordernisse des Staates und seiner Länder mehr ungehört als unbeachtet war, und es sind diese Eisenbahnen so geführt, daß die belebtesten und produktionsfähigsten Landestheile von denselben abgeschlossen wurden, welcher Nachtheil das locale Bedürfnis einer Vermehrung der Eisenbahnen in diesem Lande ganz erklärlich und gerechtfertigt erscheinen läßt.

Außerdem gibt ein Blick auf die der Denkschrift beiliegende Eisenbahnkarte die Ueberzeugung, daß der kürzeste Weg von der Dister zum adriatischen Meere, welcher naturgemäß durch Oesterreich führt, nur noch in Illyrien keine Eisenbahnverbindung hat, und daß ebenso der Verkehr aus Ungarn nach Italien die Eisenbahn nur auf Umwegen benützen kann, wobei es auch in handelspolitischem Interesse des österreichischen Staates gelegen erscheint, die Verkehrsstraßen durch möglichst directeste Eisenbahnwege herzustellen.

Indem sich somit hier das Localbedürfnis mit den handelspolitischen Staatsinteressen vereinigt, so darf angenommen werden, daß die in Illyrien in ersterer Beziehung längst gehegten Wünsche dem Vorwurfe der Selbstsucht nicht begegnen werden, und daß es als ein zugleich staatspatriotisches Bestreben zu betrachten ist, wenn sich im Lande die Aufgabe gestellt wird, für die Ausführung der daselbst noch fehlenden Eisenbahnen einzutreten.

Es haben sich zu diesem Zweck Männer der Landesvertretung, der Communen, der Gewerbekammer, der Industrie und des Besitzes mit Finanziers und Fachleuten zu einem Consortium vereinigt, welches sich die

Parlamentarisches.

Wien, 16. Februar.

Der Finanzausschuß hielt am 14. d. M., Abends noch eine zweite Sitzung, und zwar die 23., unter dem Vorsitz des Obmanns Dr. v. Plener ab, welcher von Seite der Regierung Se. Excellenz der Herr Finanzminister Freiherr de Pretis, Sectionschef Freiherr v. Distler, die Ministerialräthe Freih. v. Hinggenau, Kurz und Dr. Schön anwohnten. Berathungsgegenstand war zunächst der Theilvoranschlag des Finanzministeriums, u. zw. das Capitel „directe Steuern.“ Als Berichterstatter fungirte Abg. Ritter. Derselbe beantragt die Bedeckung des Titels „Grundsteuer“ mit 36,800.000 fl. einzustellen. Der Antrag des Referenten wird bei der Abstimmung angenommen.

Die Bedeckung des Titels „Gebäudesteuer“, wird nach einer lebhaften Debatte, mit 20 Millionen fl. eingestellt.

Ebenso wird die Bedeckung des Titels „Erwerbsteuer“ in Folge Antrages des Referenten mit 8 Millionen fl. angenommen.

Bedeckung des Titels „Einkommensteuer“. Referent stellt den Antrag auf Einstellung von 18,500.000 Gulden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten genehmigt.

Die Bedeckung des Titels „Erwerbsteuer“ wird mit 8000 fl. im Ordinarium angenommen.

Für die Bedeckung des Titels „Steuerexecutionsgebühren“ werden 100.000 fl., für die Bedeckung des Titels „Verzugszinsen von rückständigen Steuern“ 150.000 fl., u. z. beide Titel im Extraordinarium einzustellen beschloffen.

Rücksichtlich des Erfordernisses des Capitels „Directe Steuern“ beantragt der Referent zu Titel 1, „Vergütungen und Belohnungen an Parteien und öffentliche Organe aus Anlaß ihrer Mitwirkung bei Ermittlung und Feststellung der Steuergrundlage, dann bei der Steuereinkommens“, conform der Regierungsvorlage 35.500 fl. zu bewilligen.

Für Titel 2, „Entschädigung an früher steuerfreie Parteien in Dalmatien aus Anlaß der Einführung der Grundsteuer“, wird über Antrag des Referenten 14.200 fl. als ordentliches Erforderniß conform der Regierungsvorlage angenommen und ebenso der Titel 3, „Steuerexecutionskosten“, mit 125.400 Gulden im Extraordinarium der Regierungsvorlage gleichlautend genehmigt.

Schließlich beantragt Referent zu diesem Capitel noch die nachfolgende Resolution: „Die Regierung wird aufgefordert, zur Erzielung einer gerechten und gleichmäßigen Besteuerung die Vorlage des Gesetzentwurfes betreffend die Reform der Gebäude-, Erwerb- und Einkommensteuer noch in diesem Jahre einzubringen.“ (Angenommen.)

Nächster Gegenstand der Berathung ist die Fortsetzung der Verhandlung über die „indirecten Steuern“ und zwar Capitel „Salz“. Als Berichterstatter fungirt Abg. Schönabach. Derselbe beantragt, die Bedeckung des Titels „Einnahme der Erzeugungsbäuer“ mit 112.000 fl. conform der Regierungsvorlage, und Titel „Einnahmen der Verschleißbäuer“ mit Rücksicht auf den steigenden Consum laut der vorzüglichen Erfolgsnachweisung des Jahres 1871 mit der Summe von 18,000.000 fl. einzustellen. Dagegen wird von den Abg. Dr. Herbst und Dr. Brestel für die Einstellung von 18,500.000 fl. plaidirt, welcher Antrag auch zum Beschluß erhoben wurde. Als Erforderniß des Capitels „Salz“ werden

die Referenten-Anträge in geringer Abweichung von der Regierungsvorlage angenommen.

Weiter spricht Referent den Wunsch aus, das Finanzministerium möge alle wie immer Namen tragende Salzabfälle nicht vertilgen lassen, sondern ohne Beeinträchtigung des Aeraars dieselben rationell verwerten und alle eingeleiteten Verteilungsmaßregeln schleunigst widerrufen lassen; es möge ferner die Regierung den unterstehenden Organen in den Provinzen die unverzügliche Vornahme der ihnen obliegenden Amtshandlungen bezüglich der die Salzquellenbenützung betreffenden Gesuche in unverkürzter Anwendung der im Hofdecrete vom 1. Februar 1803 enthaltenen Allerhöchsten Entschließung zur Pflicht machen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

In der Sitzung vom 15. d. M., welcher von Seite der Regierung Se. Excellenz der Herr Finanzminister Freih. de Pretis, Sectionschef Moser, die Ministerialräthe Kurz, Pfeifer, Dr. Schön, Jenner, Sectionsrath v. Orleans bewohnten, referirte Abg. Dr. Czernawski über das Capitel 21 des Staatsvoranschlages betreffend das Staatseigenthum und beantragt zu Titel 1, „Staatsgüter“, die Einstellung einer Bedeckung von 4,206.000 fl. im Ordinarium und von 21.000 fl. im Extraordinarium (angenommen).

Bezüglich des Erfordernisses beantragt Dr. Brestel die Einstellung eines Betrages von 2,896.000 fl. Der Antrag wird angenommen.

Ebenso werden die Titel „Neubauten und Realitätenankauf“, „Vermessungskosten und Servitutablösung“, „Districthausgebäude“, „Gebäude-Adaptirungen“ nach den Referenten-Anträgen bewilligt.

Bei Titel 3, „Aerarialeisenbahnen“, beantragt Referent eine Bedeckung im Ordinarium von 38.029 fl., entsprechend der Regierungsvorlage, und ein Extraordinarium von 5704 fl. Der Antrag des Referenten wird angenommen. Als Erforderniß für diesen Titel beantragt der Referent ein Ordinarium von 800 fl. und ein Extraordinarium von 43.167 fl. gleich der Regierungsvorlage, was ebenfalls angenommen wird.

Für Capitel 28 der Bedeckung, „Fiscalitäten und Heimfälligkeiten“, wird der Antrag des Abg. Dr. Herbst auf Einstellung von 262.000 fl. angenommen.

Hierauf referirt Abg. Dr. Alzer über die Petition des niederösterreichischen Landesausschusses, worin derselbe die Bitte stellt, daß die Anstellungsdecrete für Lehrer an öffentlichen Schulen stempelfrei seien.

Die Petition wird befürwortet von den Abgeordneten Dr. Kuranda, Dr. Brestel und Dr. v. Berger und beschloffen, dieselbe sei vom Abgeordnetenhaus dem Finanzministerium zur möglichen Berücksichtigung abzutreten.

Sodann referirt Abg. Dr. Zyblikiewicz über Cap. 29, „Rechnungscontrole“; dann Abg. Dr. Herbst über die Cap. 31 bis 33, „Subventionen und Dotationen“. Die einschlägigen Posten werden bewilligt.

Bei Cap. 33, „Subventionen an Industrieunternehmungen“, fand eine längere eingehende Debatte bezüglich der Vemberg-Czernowiz-Jassy-Bahn statt. Der Berichterstatter stellt den Antrag auf Einstellung einer Subvention für diese Bahn von 1,700.000 fl. Dieser Antrag wird bei der Abstimmung angenommen und hierauf die Sitzung geschlossen.

In der Abend Sitzung vom 15. d. des Verfassungsausschusses erstattete Abg. Dr. Weeber in Gemäßheit des ihm gewordenen Auftrages Bericht über die vorliegenden Amendements zum Nothwahlgesetze, welche er in drei Kategorien einteilt, in jene nämlich, welche

die Specialisirung der Fälle des Mandatsverlustes beabsichtigten, ferner in jene, die das Nothwahlgesetz auf alle Fälle des Verlustes eines Reichsrathsmandates während der Session ausgedehnt wissen wollen, und jene, welche eine authentische Interpretation des § 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung in das Gesetz aufgenommen wissen wollen.

Se. Excellenz der Herr Minister des Innern Freiherr von Lasser erklärt, daß eine authentische Interpretation des § 7 in die Novelle aufnehmen gleichbedeutend sei mit der Anerkennung ihrer Nothwendigkeit. Die Anerkennung der Nothwendigkeit einer solchen Interpretation bedeute aber, daß man den interpretirten Sinn in der Gesetzesbestimmung selbst nicht unmittelbar finde. Er halte daher die Aufnahme einer authentischen Interpretation in die Novelle selbst eher für nachtheilig als für vortheilhaft. Der Minister erklärt, daß er mit Vergnügen bereit sei, im Hause die erwähnte Interpretation des § 7 Namens der kaiserlichen Regierung vorzubringen. Er meint, daß der § 7 alle Fälle umfaßt, in denen das von einem Landtage ertheilte Reichsrathsmandat nicht zum Vollzuge kommt. Die Fälle, wann dasselbe außer Kraft trete, seien im § 18 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung enthalten. Es sei daher in der Natur der Sache gelegen, daß ein Zusatz bestimme, wie in einem solchen Falle die Neuwahl vorzunehmen sei. Die Regierung lege, wie bereits früher erklärt, kein Gewicht darauf, ob auch der Fall des Erlöschens des Mandates durch den Tod oder durch den Verlust der persönlichen Fähigkeit in der Novelle Platz finde.

Se. Exc. der Herr Minister hält aber den Zusatz des Antrages des Berichterstatters, welcher sagt: „oder überhaupt der Fall der Erlöschung eines Reichsrathsmandates während der Dauer einer Reichsrathssession“, für nicht empfehlenswerth, ja sogar für gefährlich, wünscht die Weglassung desselben und schlägt vor, den Satz folgendermaßen zu beginnen: „Tritt ein solcher Fall während der Reichsrathssession ein, so sei der Kaiser u. s. w.“

Se. Excellenz der Herr Minister des Innern weist darauf hin, daß die dauernde Verhinderung bereits im zweiten Alinea des § 18 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung ihren Platz gefunden hat. Der § 4 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses sage aber nur, wie das Haus zur Kenntniß der dauernden Verhinderung gelange. Derselbe hat nicht den Zweck, einen neuen Fall des Mandatsverlustes aufzustellen, und deshalb glaubt der Minister, daß die von der Regierung vorgeschlagene Stylisirung bereits Alles enthalte.

Der Herr Minister des Innern weist wiederholt darauf hin, daß alle Fälle der Mandaterlöschung bereits im § 18 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung Erwähnung gefunden haben, und glaubt, daß die von ihm vorgeschlagene Stylisirung vollkommen annehmbar sei.

Nach Schluß der Debatte erklärt der Berichterstatter, daß zur Verstärkung des Gewichtes der von der Regierung ausgesprochenen Interpretation des § 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung es sehr wünschenswerth wäre, wenn die Regierung diese Interpretation in beiden Häusern des Reichsrathes kundgäbe.

Bei der Abstimmung wird der Eingang der Novelle in der nachstehenden Fassung: „Tritt der Fall des Erlöschens eines Reichsrathsmandates während einer Reichsrathssession aus was immer für einem gesetzlichen Grunde ein, so kann u. s. w.“ angenommen.

Die nächste Sitzung findet am 17. d. Vormittags, 11 Uhr statt.

Ausführung der auf der erwähnten Uebersichtskarte mit rothen Linien angezeichneten Eisenbahnen zur Aufgabe gestellt hat, die sich nach reiflicher Erwägung aller einschlägigen Rücksichten zwischen den schon bestehenden Eisenbahnen zu einem harmonischen Netze gestalten, welches hier als das Project der illyrischen Centralbahnen aufgestellt wird.

Dieses Project umfaßt folgende Haupttrichtungen:

1. Von Norden nach Süden die Fortsetzung der in Klagenfurt unterbrochenen Schienenstraße an die südungarischen zum Meere nach Fiume führenden Eisenbahnen sowie nach Dalmatien, und zwar: von Klagenfurt über Laibach nach Karstadt mit den Verzweigungen von Reiberg über Rühnsdorf und Böckmarkt nach Brückl gegen Launsdorf; von Tanzenberg nach Josefthal bei Ogulin und den Flügelbahnen von St. Georgen nach Neumarkt sowie von Brückl in die Kohlenlager bei Gottschee.

2. Von Osten nach Westen das fehlende Mittelglied des kürzesten Weges aus Ungarn via Pragerhof nach Italien, sowie in die westeuropäischen Nachbarstaaten, und zwar: von Silli über Bischofsack und St. Lucia zur Reichsgrenze in der directen Richtung nach Udine mit der Verzweigung von St. Lucia über Görz nach Triest.

Aus dem Zusammenhange dieser sich kreuzenden zwei Haupttrichtungen ergibt das Project ferner

3. Die Linie von Klagenfurt und Brückl über Bischofsack und Görz nach Triest, welche wie später näher nachgewiesen werden wird, eine rationelle Lösung

der hochwichtigen Frage über die Ergänzung des aus dem Norden der Monarchie kommenden Eisenbahnweges zum adriatischen Meere liefert.

Die so projectirten Eisenbahnen entsprechen sowohl den Interessen der Staatsökonomie, wie auch dem Bedürfnisse des Landes, durch welches Zusammentreffen aller öffentlichen Interessen die Grundbedingungen einer gesunden Eisenbahnpolitik bei diesem Projecte vorhanden sind.

Das genannte Consortium hat im Monate Mai des Jahres 1871 die Concession zu den Vorarbeiten für die angeführten Eisenbahnprojecte erworben, und in seinem opferwilligen Bestreben die Kosten der Tracirung und Projectverfassung für dieses umfangreiche Eisenbahnnetz aus Eigenthum bestritten.

Nachdem diese Project-Elaborate nunmehr beendet und der hohen Regierung behufs Erwerbung der Bauconcession vorgelegt sind, so ist das gefertigte Consortium in der Lage, die in der vorliegenden Denkschrift enthaltenen Darstellungen zur Rechtfertigung der für dieses gemeinnützige Eisenbahnunternehmen erforderlichen Staatshilfe mit den folgenden Aufklärungen einem weiteren Kreise bekannt zu machen.

Beschreibung und nähere Motivirung der projectirten Eisenbahntracen.

Das in dem früheren Abschnitte der vorliegenden Schrift dargestellte Netz der projectirten illyrischen Central-Eisenbahnen enthält folgende drei Haupttrichtungen, und zwar:

1. Die Linie von Klagenfurt über Laibach nach Karstadt.

Diese ist von Klagenfurt bis Laibach 14^{1/2} Meilen, von Laibach über Treffen und Rudolfsbergh 19^{1/2} Meilen, über Seisenberg und Aindö nach Karstadt aber 18^{1/2} Meilen lang, daher die Gesamtlänge von Klagenfurt bis Karstadt in der kürzeren Linie beträgt 23^{1/2} Meilen; dazu: a) die Verzweigung von Reiberg über Rühnsdorf und Böckmarkt nach Brückl gegen Launsdorf lang 4^{1/2} Meilen; b) die Flügelbahn von St. Georgen nach Neumarkt lang 2^{1/2} Meilen; c) die Verzweigung von Tanzenberg nach Josefthal bei Ogulin lang 6^{1/2} Meilen; d) die Flügelbahn von Brückl nach Gottschee lang 4^{1/2} Meilen, zusammen 51^{1/2} Meilen.

2. Die Linie von Silli über Bischofsack und St. Lucia zur Reichsgrenze in der Richtung nach Udine lang 26^{1/2} Meilen, dazu die Verzweigung von St. Lucia über Görz nach Triest lang 10^{1/2} Meilen, zusammen 37^{1/2} Meilen.

Diese zwei Haupttheile, welche alle Linien des projectirten Eisenbahnnetzes enthalten, haben demnach eine Gesamtlänge von 88^{1/2} Meilen.

3. Die sich aus dem Zusammenhange dieser Projecttracen ergebende Linie von Klagenfurt und Brückl über Bischofsack und Görz nach Triest ist zwar in den oben angeführten Längenausmaßen enthalten, wird aber wegen ihrer besonderen Bedeutung als eine dritte Seite der vorliegenden Projectconception ebenfalls einer eigenen Abhandlung zu unterziehen sein.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Einbach, 18. Februar.

Der Prager „Tagesbote“ erklärt betreffs der Auerperg'schen Entgegnung: „Wer keine neue Krise, die nicht bloß eine Ministerkrise wäre, herbeiwünscht, der muß das Ministerium unterstützen, der kann daher das Nothwahlgesetz nicht fallen lassen. Es dürfte nicht heißen, daß der Mangel an Opferwilligkeit, Selbstbeherrschung und Disciplin in der Verfassungspartei es gewesen, welcher eine zweite föderalistische Herrschaft ermöglichte.“

Der „P. Lloyd“, setzt mit Bestimmtheit voraus, daß die galizischen Delegirten und der galizische Landtag den Ausgleichen Entwurf annehmen werden. Er schreibt: „Man hat nicht verfehlt, wiederholt hervorzuheben, wie eng die galizische Frage mit den wichtigsten Gesichtspunkten unserer auswärtigen Politik zusammenhängt. Uebertreibungen sind da allerdings gewiß nicht am Plage, und vielleicht in diesem Augenblick, in welchem unsere Beziehungen zu Rußland sich zu ungleich freundlicheren und besseren gestaltet haben, weniger als je. Aber es wird sich schwerlich ganz in Abrede stellen lassen, daß man in Petersburg ein achtames Auge auf alle Vorgänge in Galizien haben wird. Von einer Einmischung kann dabei selbstverständlich nicht die Rede sein und der gegenwärtige Minister des Aeußern wäre sicherlich der Letzte, der irgend einer fremden Regierung das Recht zugestünde, auch nur den Schatten einer Einwendung gegen das freie Selbstbestimmungsrecht in inneren Angelegenheiten zu erheben. Aber es wäre immerhin bedauerlich, wenn die Haltung der galizischen Bevölkerung, der Modus der galizischen Selbstverwaltung auf Grund der in das Leben tretenden Errungenschaften Anlaß zu Reclamationen böte, die kaum dazu angethan sein könnten, das gegenwärtige günstige Verhältniß zu Rußland zu befestigen.“

Wanuk Bedekovich wurde mit Allerh. Handschreiben vom 12. Februar von seinem Posten enthoben und zugleich durch Verleihung des Ordens der eisernen Krone erster Klasse ausgezeichnet.

Im preussischen Herrenhause beginnen die Commissionsberatungen über das Schulaufsichtsgesetz am 19. d. Die Verzögerung ist eine absichtliche. Fürst Bismarck erwartet von den abwesenden Vertretern der Universitäten und Städte deren Eintritt in das Herrenhaus zur Theilnahme an den Debatten über das Schulaufsichtsgesetz. Ein Pairschub wäre dann nicht nöthig, wenn die Linke eine ausreichende Verstärkung zur Durchbringung des Gesetzes erfährt.

Die französische Nationalversammlung beschloß in ihrer Sitzung vom 13. d. einen Antrag des Herrn Amat, wonach behufs Befreiung des Landesgebietes eine Steuer von 25 Cent. per Mille auf das gesammte Vermögen von Frankreich gelegt werden soll, nicht in Berücksichtigung zu nehmen. — Die Nationalversammlung genehmigte in ihrer Sitzung vom 15. d. in zweiter Lesung mit 310 gegen 260 Stimmen den Antrag, die neuen Steuern in die Steuerbücher mit den Worten: „Kosten des von Napoleon III. an Preußen erklärten Krieges“ einzutragen. — „Vien Public“ meldet, daß bei Belan im Departement Ain, 20 Kilometer von Lyon, ein Lager für 40.000 Mann errichtet wird. Den Ordres, welche dem Militär-Genie zugegangen sind, zufolge muß es bis zum 1. Mai erbaut sein.

„E. Hav.“ schreibt: „Einige Legitimisten, hatten die Idee, ein Programm zu formuliren, welches einer parlamentarischen Fusion in monarchischem Sinne zur Grundlage dienen sollte. Dasselbe sollte, sobald es die Unterschriften von 150 Deputirten trüge, dem Grafen von Chambord unterbreitet werden. Dieser Schritt stößt in legitimistischen Kreisen auf heftigen Tadel, indem man es für unklug und tactlos hält, daß einige Personen eine solche Initiative ergreifen, ohne früher die Meinung des Grafen Chambord eingeholt oder mit den Führern der Partei conferirt zu haben.“

Die „Italie“ meldet, daß die Senatoren binnen 2–3 Tagen den Auftrag erhalten werden, sich für den 21. oder 22. d. in Rom einzufinden. Der Senat muß über das Einnahmebudget pro 1872 berathen.

Der „Tiempo“ kündigt die Bildung eines gemischten Comités von Moderados und Montpensieristen an, welches eine Restauration zu Gunsten des Herzogs von Montpensier in Spanien vorbereiten will. Der Herzog selbst habe einen seiner Anhänger Sr. Barca, nach Madrid gesandt, um an der Bildung des Comités theilzunehmen.

Die „Engl. Corr.“ schreibt aus London unterm 12. d. M.: „Die Alabama-Frage bleibt einseitigen der erste Gegenstand der Tagesordnung, doch verliert sich die Aufregung, welche unter dem frischen Eindruck der ersten parlamentarischen Debatten entstand, mehr und mehr, besonders, da die amerikanischen Blätter das ganze Mißverständniß sehr kühl aufnehmen. Die namhaftesten Wochenblätter, in erster Linie „Saturday Review“ und „Economist“ sind mit der Haltung der Regierung im Parlamente bezüglich dieser Angelegenheit durchaus zufrieden. Das erstgenannte Blatt findet nicht einmal etwas dagegen einzuwenden, daß die Regierung so lange mit ihrem Proteste gezögert, sondern bemerkt,

es sei möglicher Weise von guter Wirkung gewesen, daß die Stimme der öffentlichen Meinung Englands nach Amerika gedrungen sei, noch ehe man drüben die Erklärungen der diesseitigen Regierung vernommen habe. Im Uebrigen spricht die „Review“ noch von der Unmöglichkeit, eine Angelegenheit der Entscheidung des Schiedsgerichtes zu unterbreiten, wenn man vollkommen darüber im Klaren sei, daß man sich einem ungünstigen Ausspruch desselben nicht fügen wolle. Nebenher wird die Nachlässigkeit der diesseitigen Unterhändler entchieden getadelt.“

Weltausstellung 1873 in Wien.

Sr. Majestät der Kaiser Ferdinand haben in seiner Eigenschaft als Besitzer der Smolenowser Zuckerrüben für den „Ehrenpreis der Zuckerrübenbauer und Zuckerrübenfabrikanten Oesterreich-Ungarns“ 1000 fl. zu spenden geruht. — Das allgemeine Programm der Weltausstellung hat bekanntlich (Art. XI) angekündigt, daß während der Dauer der Ausstellung internationale Congresse und Beratungen stattfinden werden, zu welchen entweder die Ausstellung selbst Anlaß bietet oder die als specielle Themen der internationalen Discussion angeregt werden, und hat besonders internationale Congresse von Gelehrten, Künstlern, Schulmännern, Aerzten, Vertretern der Museen für Kunstgewerbe etc. in Aussicht genommen. In den Rahmen dieses Programmes wird nun auch der dritte internationale medicinische Congreß eingefügt werden, der in enger Verbindung mit der Weltausstellung im September 1873 in Wien stattfinden wird. Die erste derartige „Versammlung der Aerzte aller Nationen“ wurde in Paris 1867 abgehalten, wohl ebenfalls gleichzeitig mit der Weltausstellung, doch stand sie mit dieser nur in losem Zusammenhange; der zweite internationale medicinische Congreß tagte in Florenz 1869 und wurde hier als Versammlungsort für den dritten Congreß Wien gewählt und das Jahr 1871 als Zeit bestimmt. Die für wissenschaftliche Beratungen nichts weniger als günstigen Zeitverhältnisse veranlaßten das in Florenz gewählte Executivcomité den Congreß auf eine geeignetere Zeit zu verlagern. Nach reiflicher Erwägung aller Umstände wurde das Jahr 1873, wo Wien der Weltausstellung wegen ohnehin das Stelldichein der ganzen gebildeten Welt werden soll, bestimmt, und nachdem der Generaldirector sich bereit erklärt hatte, den medicinischen Congreß in den Rahmen der Weltausstellung selbst aufzunehmen und denselben nach Kräften zu unterstützen, begaben sich die Herren Hofrath Prof. Rokitsansky und Docent Dr. Schnitzler zu Sr. I. Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Rainer, um im Namen des Executivcomités die Bitte vorzutragen, Höchstseinerseits wolle das Protectorat des dritten internationalen medicinischen Congresses anzunehmen geruhen. Sr. kais. Hoheit erkundigte sich eingehend nach Zweck und Programm des Congresses und erklärte schließlich in entgegenkommender Weise, das Protectorat annehmen zu wollen, „da eine, wenn auch nur theilweise Lösung der in das Programm aufgenommenen Fragen von ungeheurem Nutzen für die Menschheit wäre.“ Das von dem vorberatenden Comité vorläufig festgestellte Programm umfaßt die wichtigsten hygienischen Fragen, die seit Jahren nicht nur die ärztliche, sondern die ganze gebildete Welt lebhaft beschäftigen. Der erste Programmpunkt ist die Impfsfrage, für deren wissenschaftliche Erörterung gerade die Erfahrungen der letzten Jahre ein nur zu reiches Material liefern. Der zweite Punkt behandelt eine in sanitärer und nationalökonomischer Beziehung gleich wichtige Frage: die Quarantaine, speciell bei Cholera; 3. die Prostitutionsfrage; 4. die Frage der Affanirung der großen Städte; 5. und 6. sind wohl mehr „innere Fragen“, aber immerhin, wenn auch nicht von solch' socialer Tragweite wie die früher genannten, doch von allgemeinem Interesse, das sind: Vorschläge für eine internationale Pharmakopöe und für eine möglichste Conformität in den medicinischen Studien in allen Ländern und daraus hervorgehende gleiche Gültigkeit der Diplome. An diese vom vorberatenden Comité vorgeschlagenen Programmpunkte dürfte von auswärtigen wissenschaftlichen Capacitäten noch manche andere wichtige Frage angereicht werden. Das Executivcomité wird auch dafür Sorge tragen, daß für jede einzelne Frage anerkannte Fachmänner referiren, die den Gegenstand früher gründlich bearbeiten und zur Discussion vorbereiten werden.

Tagesneuigkeiten.

— (Dem Grafen Octavianinsky), dem Sr. Majestät wegen seiner Verfassungstreue die Geheimrathswürde verliehen hat, wurde von der urgeschichtlichen Stadt Chlumec eine große Ovation gebracht.

— (Eine Anzahl Pfarrer und Cooperatoren) der Leitmeritzer Diöcese, die Dotationen aus dem Religionsfonds beziehen, haben, wie ein Prager Telegramm vom 15. d. meldet, den vom Bischofe zur Unterschrift unterbreiteten Protest gegen die Erhöhung der Congrua verworfen und beschlossen, ein Wittgesuch an den Reichsrath um Aufbesserung der Congrua zu richten. — Im „Prager Abendblatt“ erklären ein Pfarrer und zehn Berufsgenossen, die Regierung wolle vom Werke der Congrua-Aufbesserung nicht nachlassen, der innigste Dank und die unverbrüchliche

Treue der großen Mehrzahl des niederen Clerus sei der Regierung für alle Zeiten gewiß. Steis und überall werde der niedere Clerus im Interesse des Staates das Gesetz hochschätzen und verteidigen.

— (Pferde-Versteigerung.) Am 25. d. M. wird in der National-Reitschule zu Pest das Gestüt des Grafen Ivan Szapary versteigert werden. Im Ganzen kommen 29 Pferde — 22 Rennpferde und 7 Buchsituten — zur Versteigerung.

— (Ueberschwemmungen.) Der „Bacsaer Bote“ meldet, daß in dem zwischen Temerin und Földvár befindlichen Grenzorte Radaly bereits 150 Häuser in Folge Aufweichens des Grundes durch das stehende Wasser eingestürzt sind.

— (Jagdsteuer in Russisch-Polen.) Das Jagdvergnügen ist im Königreiche Polen seit Newjahr d. J. mit einer hohen Steuer belegt. Für einen Windhund werden jährlich 15 Ab., für einen gewöhnlichen Jagdhund 6 Ab., für eine Jagdschleife 3 Ab. gezahlt. Dabei muß Jeder, der die Jagd ausüben will, einen Jagdschein lösen, der jährlich 1 Ab. kostet. Mit einem solchen Jagdschein müssen auch die auf die Jagd ausgehenden Söhne des Jagdinhabers, die Berufsäger, und sogar jeder der Hofleute, die bei Kesseljagden als Treiber gebraucht werden, versehen sein.

— (Die Hungersnoth in Persien.) hat ihren Höhepunkt erreicht. Teheran ist auf knappe Rationen reducirt. Die persischen Hilfsauschüsse in Teheran und Isfahan sind zu unbemittelt, die vielen Tausende unverpflegter Armen zu erhalten.

— (Stricke der Aerzte.) In Balparaiso haben die Aerzte ihre Arbeit eingestellt! Der Intendant der dortigen Provinz hat nämlich denselben Verpflichtungen auferlegt, denen sie sich nicht fügen wollen. So sollen die Aerzte von Woche zu Woche der Reihe nach abwechselnd den Nachtdienst übernehmen, kein Arzt soll sich ohne Urlaub von Seite der Behörden aus der Stadt entfernen dürfen u. s. w. Da alle Vorstellungen nichts halfen, so haben von den 16 Aerzten der Stadt 14 „Stricke“ gemacht, um die Zurücknahme der ihnen zugemutheten Beschränkungen zu erzwingen. Der Intendant und der Gemeinderath von Balparaiso haben nun den Betrag von 10.000 Dollars ausgemorfen, um aus Europa 12 oder mehr Aerzte und Wundärzte herbeizuziehen. Denselben soll freie Ueberfahrt und für das erste Vierteljahr ihrer Niederlassung ein monatlicher Zuschuß von 200 Dollars gewährt werden.

Locales.

— (Staatsstipendien.) Das k. und k. österr. Ministerium für Cultus und Unterricht hat zu Staatsstipendien an Volksschulen-Lehramtszöglinge im Jahre 1872 für Böhmen 30.000 fl., für Mähren 9000 fl., für Kärnten 5000 fl., für Oberösterreich 4500 fl., für Krain 4000 fl. und für Salzburg 3000 fl. bewilligt.

— (Ueber das Project der illyrischen Central-Eisenbahnen) liegt uns eine Denkschrift vor, enthaltend: Die Vervollständigung des österreichischen Eisenbahnnetzes u. z. für die Nord-Süd-Route von der Ost- und Nordsee nach Dalmatien und zu den Seehäfen in Fiume und Triest, so wie für die Ost-West-Route aus Ungarn nach Italien. — Die Wichtigkeit dieses Projectes für unser Heimatland, für das Herzogthum Krain, gibt uns Anlaß, den vollen Inhalt dieser Denkschrift unsern geehrten Abonnenten mitzutheilen. Unsere Leser werden diese Denkschrift einer eingehenden Beachtung unterziehen. Indem wir mit der Verlautbarung des vollen Textes derselben heute unter der Rubrik „Feuilleton“ beginnen, wollen wir hiermit neuerlich constatiren, daß wir der Besprechung gemeinnütziger, national-ökonomischer und für unser Heimatland wichtiger Fragen jederzeit bereitwilligst unser Spalten öffnen.

— (Aus dem Kriessblatt.) Beim hiesigen Landesgerichte ist eine Hilfsdienstelle bis 1. März zu besetzen. — Rundmachung des Triester Telegraphen-Inspectorats über die Competenzfähigkeit der die Wiener Handelsakademie verlassenden Candidaten. — Am 20. d. M. Verkauf von Hibern verschiedener Art im Generalcommando-Gebäude zu Graz.

— (Die Productionen des Künstlerpaares Samon) waren gestern im „Hotel Elefant“ sehr gut besucht und wurden, insbesondere jene der Gebärmutterkünstlerin Frau Elise Samon, mit großem Beifalle aufgenommen. Bei den höchst interessanten Piecen, die geboten werden, ist zu erwarten, daß auch die heutige Production in der Etalnicca sehr besucht sein wird.

— (Zum Vortheile des Komikers Herrn Ehrenfest) gehen Dienstag den 20. d. drei Piecen in Scene: 1. „Hanni weint, Hansi lacht“, Operette von Offenbach. 2. „Der Zigeuner“, von Berla. 3. „Er ist fehlbar“, Schwanke von Berg (neu). — Herr Ehrenfest hat an vielen Theaterabenden seine Anlage zum Komiker constatirt, er hat zu unserer Belustigung beigetragen, er dürfte daher einige Berechtigung auf zahlreichen Besuch des Hauses haben. Ueberdies hat er in der „Prinzessin von Trapezunt“ in einer Strophe des „Stedenliedes“ angedeutet, wie er gegen Jene, die sein Benefiz nicht besuchen würden, vorgehen wird.

— (Theateranzeige.) Das Repertoire erleidet in dieser Woche in Folge Erkrankung der Frau Pöcs und des Fräulein Krügel eine Abänderung. Das für heute annon-

